



## Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales	15.03.2010	
Integrationsrat	13.04.2010	
Ausschuss Soziales und Senioren	15.04.2010	

Anlass:

- Mitteilung der Verwaltung
- Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen
- Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung
- Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

### **Anfrage des Herrn Detjen (Fraktion Die Linke.Köln), Ausschussmitglied, zu "Ausbildung jugendlicher Flüchtlinge"**

Herrn Detjen (Fraktion Die Linke.Köln) wurde auf Nachfrage von der Verwaltung zugesagt, über den aktuellen Sachstand zum Thema *Zusammenarbeit der Verwaltung mit der Bundesagentur für Arbeit bei Ausbildung jugendlicher Flüchtlinge* zu informieren.

Die Verwaltung teilt daher mit:

Innerhalb der Abteilung für Ausländerangelegenheiten gibt es eine spezialisierte Gruppe, die sich mit den aufenthaltsrechtlichen Fragen zur Arbeitsmigration beschäftigt. Zu den Aufgaben diese Gruppe gehört es u.a. auch, einen intensiven Kontakt zur Bundesagentur für Arbeit zu pflegen und die Beschäftigungserlaubnisverfahren optimiert abzuwickeln.

Geduldete Jugendliche (Jugendliche = unter 18jährige) können nur mit Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit eine Ausbildungsgenehmigung erhalten. Die entsprechenden Zustimmungsanfragen der Ausländerbehörde werden bei der Arbeitsagentur Köln zügig bearbeitet. Die Zustimmungsentscheidung der Arbeitsagentur liegt der Ausländerbehörde in diesen Fällen in aller Regel innerhalb von zwei Wochen vor.

Im Jahr 2009 wurde insgesamt 14 jugendlichen Geduldeten eine Beschäftigungserlaubnis erteilt. In all diesen Fällen konnte mit Zustimmung der Arbeitsagentur unmittelbar eine uneingeschränkte Beschäftigungserlaubnis erteilt werden. Damit war den Jugendlichen nicht

nur der Weg für ein bestimmtes Ausbildungs-/Beschäftigungsverhältnis, sondern für jedwede Berufsausbildung bzw. Beschäftigung eröffnet.

Jugendliche, die einen Aufenthaltstitel im Rahmen des Bleiberechts haben, haben damit auch einen uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt. Wie viele Jugendliche in diesem Zusammenhang eine Ausbildung begonnen haben, kann von der Verwaltung nicht statistisch ermittelt werden.

gez. Kahlen